

P a n d t a g.

Dresden, 10. November. Zweite Kammer. Auf der Registrande befindet sich u. A. eine Petition von Leipziger Studenten um Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag der Abgg. Mai (Polenz) und Genossen, lautend: „Die königliche Staatsregierung wolle beim Norddeutschen Bundesrathe mit allen gebotenen Mitteln dahin wirken, daß

- a) der Aufwand für die Militärverwaltung des Norddeutschen Bundes entsprechend abgeändert,
- b) eine allgemeine Abrüstung angestrebt und möglichst bald durchgeführt, zu dem Ende aber bei dem Bundespräsidium das Vorgehen auf diplomatischem Wege angeregt werde.

Die Abgg. Eule und Genossen haben hierzu beantragt:

- 1) hinter den Worten: „die königliche Staatsregierung wolle“ die Worte einzufügen „dann, wenn die nothwendige Rücksicht auf die Sicherheit und Machtstellung Deutschlands dies gestattet“;
- 2) in Satz a) das Wort „abgeändert“ zu vertauschen durch das Wort „vermindert“;
- 3) Satz b) wegzulassen.

Abg. Mai (Polenz): Er habe sich vorerst gegen die Annahme zu verwahren, daß er mit seinem Antrag die Schwächung der deutschen Wehrkraft beabsichtige. Die Gründe seien theils wirtschaftlicher, theils finanzieller Natur. Im Volke herrsche große Unzufriedenheit über die Stodung im Handel und Wandel, hervorgerufen durch die stete Kriegsbereitschaft der großen Staaten. Dann sei aber auch die Steuerlast in Folge des großen Militäraufwandes eine ganz außerordentliche, auf die Dauer nicht zu ertragende. Das Hauptgewicht lege er auf Punct b des Antrages; möchten endlich hierin die europäischen Mächte den Wünschen ihrer Völker nachkommen.

Abg. Biedermann: Die Motivirung des Vorredners habe ihm seine Aufgabe sehr erleichtert. Der von seiner Partei gestellte Zusatzantrag gehe aus der Anschauung hervor, daß die Kammer nicht in der Lage sei, das Wie und Wann zu der Abrüstung beurtheilen. Wo liege der wahre Grund zur Beunruhigung Europas? Sicher da, wo ein großes Volk sich noch in vollständiger Abhängigkeit von einem einzigen Manne befinde, über dessen Absichten Niemand Klarheit habe. So lange dieses große Volk keinen entscheidenden Einfluß auf die Regierung seines Landes gewinne, werde die Beunruhigung fort dauern, müssen Anträge, wie die vom Abgeordneten Mai gestellten, fromme Wünsche bleiben. Der Wunsch nach Verminderung des Militäraufwandes werde von Jedermann getheilt, darüber könne in den leitenden Kreisen des Norddeutschen Bundes kein Zweifel mehr obwalten.

Abg. Walter: Er habe den Antrag des Abg. Mai mit Freuden begrüßt. Der Hinweis auf Frankreich sei ein Popanz, vor dem sich der Norddeutsche Bund gewiß nicht fürchten werde. In allen Staaten Europas werde das Verlangen nach Abrüstung getheilt, und es hindere uns nichts, für unseren Theil diesem Verlangen energisch Ausdruck zu geben.

Abg. Riedel: Er befinde sich auf demselben Standpuncte und behaupte, daß der Norddeutsche Bund stark genug sei, um keine so große Zahl von Soldaten fortwährend auf den Beinen zu erhalten.

Abg. Dehmichen in längerer Rede gegen den Zusatzantrag der Abgg. Biedermann und Genossen und die national-liberale Partei. Die sächsischen Volksvertreter möchten beweisen, daß sie die Anschauungen der Majorität im preussischen Abgeordnetenhaus nicht theilten, daß sie in der Herstellung eines Großpreußens nicht die wahre Consolidirung des deutschen Vaterlandes erblickten. Er bitte, dem Mai'schen Antrag unverändert zuzustimmen, jeder Zusatz oder Abschwächung sei vom Uebel.

Abg. Dr. Heine: Die Politik des Jahres 1866 habe uns nur Unglück gebracht, Hunderttausende seien dadurch ins Elend gerathen. Kein Staat wisse, wie er mit dem andern stehe, deshalb mißtrauten sie einander und vermehrten fortwährend ihre militärischen Kräfte. Spreche das Volk laut aus, daß es mit dieser Politik nicht einverstanden sei!

Abg. Dr. Schubert begründet mit kurzen Worten seine Abstimmung für den Mai'schen Antrag.

Abg. Ackermann: Er sei ein Freund des Norddeutschen Bundes und als solcher werde er für beide Puncte des Antrages des Abg. Mai stimmen. Der jetzige bewaffnete Friede sei nicht geeignet, die noch blutenden Wunden zu heilen, sondern beschwöre fortwährend die Gefahr herauf, daß neue Wunden dem Vaterland geschlagen werden.

Abg. Wigard: Auch er habe den Mai'schen Antrag mit unterschrieben, denn er halte als größten Nachtheil für die Volkswohlthat die große Militärlast. Das Schiboleth der Sicherheit Deutschlands sei schon sehr alt! Wohin man im Norddeutschen Bunde sehe, florire der Militarstand, die hohen Herren an der Spitze der Regierungen kümmerten sich nur wenig um das Volk, welches die Mittel aufbringen müsse. Auf das Thema der Con-

solidation Deutschlands werde er nicht speciell eingehen, erklären wolle er nur, daß die Consolidation, wie sie gegenwärtig von Preußen angestrebt werde, auch nicht nach seinem Geschmack sei.

Abg. Kresschmar: Er habe es lebhaft beklagt, daß der Zusatzantrag der Abgg. Eule und Genossen heute gestellt worden. Dadurch werde die Kammer, sofern sie sich nicht dem Verdacht aussetzen wolle, die Machtstellung Deutschlands schwächen zu wollen, gezwungen sein, gegen den Antrag des Abg. Mai zu stimmen.

Vizepräsident Streit: Die Auffassung des Vorredners könne er nicht theilen. Er stimme für den Mai'schen Antrag, weil er ihn für ein geeignetes Mittel halte, die Vereinigung mit Süddeutschland zu fördern.

Abg. Eule vertheidigt seinen Antrag gegen die dagegen gerichteten Vorwürfe. Er verwahre sich entschieden gegen die Behauptung, daß er und seine Partei keine Reduction des Militärbudgets wollten, sie hätten mit dem Zusatzantrag nur eine Klarstellung der Mai'schen Resolution beabsichtigt, diese Klarstellung erheische das Interesse des deutschen Vaterlandes.

Abg. Sachse in der von ihm bereits bekannten Weise gegen den Norddeutschen Bund und die national-liberale Partei.

Abg. Ludwig: Er erkenne die Competenz der Kammer in der vorliegenden Frage nach den vorgestrichen Beschlüssen nicht an und werde gegen beide Anträge stimmen.

Abg. Temper: Mit dem Antrag, den seine Partei gestellt, sei beabsichtigt, jedweden Schein der Feindseligkeit gegen den Norddeutschen Bund von der Kammer fernzuhalten. Alles andere demselben zur Last Gelegte beruhe auf Irrthum oder Böswilligkeit.

Abg. Gensel: Er rechne es sich zur hohen Ehre, der national-liberalen Partei mit allen Fasern anzugehören, und verwahre dieselbe gegen alle heute ausgesprochenen Verdächtigungen. Sie erstrebe mit aller Kraft den Eintritt Süddeutschlands, erstrebe kein Großpreußen, sondern ein geeintes großes deutsches Vaterland.

Abg. Biedermann: Die Basis der heutigen national-liberalen Partei sei dieselbe, wie die der sogenannten Gothaner von 1849, die Consolidirung Deutschlands, die Aufrechterhaltung der constitutionellen Monarchie und der bundesstaatlichen Form. Wenn Einzelne in der Partei weiter gingen, so könne daraus der Gesammtpartei noch kein Vorwurf gemacht werden. Wenn man jetzt, wo die Consolidation noch nicht beendet, von den deutschen Regierungen die Abrüstung verlange, so werde man im Auslande sofort sagen: das deutsche Volk ist mit der Politik der Consolidirung überhaupt nicht einverstanden! Vergesse man ferner nicht, daß es auch in Sachsen noch eine Partei gebe, die jeden Tag Oesterreich und Frankreich herbeirufen möchte, um den Norddeutschen Bund zu zerstören! Er erkläre nochmals, daß der Zusatzantrag den Hauptantrag nicht abschwächen, sondern nur klären solle.

Staatsminister v. Friesen: Wenn heute die Competenz der Kammer angezweifelt worden, so erkläre er, daß die Regierung die Competenz nicht bestreite. Auf den politischen Theil des Mai'schen Antrages werde er nicht weiter eingehen. Bis Anfang des Jahres 1872 sei das Militärbudget bewilligt; was dann weiter zu geschehen habe, werde von den Verhältnissen abhängen. In Bezug auf die Herbeiführung allgemeiner Abrüstung befinde sich die Regierung auf dem Standpuncte des allgemeinen Volkswunsches, jedoch einem direct auf die Realisirung dieses Wunsches gerichteten Antrage könne sie jetzt nicht zustimmen.

Die Abgg. Riedel und Walter für den Mai'schen Antrag. Abg. Heubner: Er halte eine Declarirung des Hauptantrags nicht für nöthig. In Bezug auf die Competenz der Kammer glaube er, daß sie überall und stets berechtigt sei, die öffentliche Meinung des Landes zum Ausdruck zu bringen.

Nachdem noch die Abgg. Wigard und Fahnauer gesprochen, wird, trotz der Bemerkung des Abg. Krause, daß sich noch mehrere Redner der heute namentlich angegriffenen national-liberalen Partei zum Wort gemeldet und es wenig entgegenkommend sei, ihnen dasselbe abzuschneiden, der von conservativer Seite beantragte Schluß der Debatte genehmigt.

Bei der Abstimmung wird Punct a des Antrages des Abg. Mai mit 59 gegen 15 Stimmen angenommen, der Zusatzantrag des Abg. Eule gegen 21 Stimmen (Kressch, Schnoor, Stauff, Uhle, Biedermann, Dietel, Esche, Eule, Gensel, Hauffe, Jordan, Israel, Krause, Kresschmar, Krüger, Lange, Leistner, Näser, Panitz, Penzig, Temper) abgelehnt, Punct b des Mai'schen Antrages gegen 24 Stimmen angenommen. Die vorstehend genannten 21 Abgeordneten hatten erklärt, nur im Falle der Annahme ihres Amendements für Punct a des Mai'schen Antrages stimmen zu können.

Die Schillerfeier im Hotel de Pologne.

Leipzig, 11. November. Die Schillerfeier, welche gestern Abend im Hotel de Pologne abgehalten wurde, war äußerst zahlreich besucht, so daß der mit den Büsten unserer großen Nationaldichter und mit Bildern von Schiller geschmückte Saal die Zuhörer kaum fassen konnte. Eröffnet wurde die Feier durch eine Overture für Pianoforte (Athalia von Mendelssohn), die man lieber von einem Orchester gehört hätte. Es reihte sich daran eine

Declan
nomme
fast in
sprach.
sucht
tragen
strebt,
zu brin
schwäch
Sper
Großer
und m
Wenig
der Li
getheil

An
fessor
deutsch
Jahre
eine P
dabei
In Be
Schil

nicht;
einand
mit e
darna
Ideal
Weise
doch
kämpf
geistig
nach,
als I
urtheil
Forsc
er si
stehen
schaffe
trieb
sich i
offenl
schick
einan
kamp

daß i
komm
Ersch
Pessir
nämli
Kunf
wisse
Pessir
licher
Wer
Pessir
kämp
die se
Frei
die L
streb

in f
und
bis
Leng
Sag
Bat
kurz
gew
die
form
zeig
aber
Pro
ihre
dur
unf
fro
lag
nir
un
auf
Be
we
de
B
to

daß i
komm
Ersch
Pessir
nämli
Kunf
wisse
Pessir
licher
Wer
Pessir
kämp
die se
Frei
die L
streb

in f
und
bis
Leng
Sag
Bat
kurz
gew
die
form
zeig
aber
Pro
ihre
dur
unf
fro
lag
nir
un
auf
Be
we
de
B
to

in f
und
bis
Leng
Sag
Bat
kurz
gew
die
form
zeig
aber
Pro
ihre
dur
unf
fro
lag
nir
un
auf
Be
we
de
B
to

in f
und
bis
Leng
Sag
Bat
kurz
gew
die
form
zeig
aber
Pro
ihre
dur
unf
fro
lag
nir
un
auf
Be
we
de
B
to

in f
und
bis
Leng
Sag
Bat
kurz
gew
die
form
zeig
aber
Pro
ihre
dur
unf
fro
lag
nir
un
auf
Be
we
de
B
to